

Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie

Joscha Wullweber/Antonia Graf/Maria Behrens

1. Einleitung

Im deutschsprachigen Raum ist die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) als eigenständige Disziplin relativ neu. Während mit Studien zur Globalisierung und zur Global Governance seit einiger Zeit explizit unter dem Label der IPÖ publiziert wird, gibt es innerhalb der Deutschen Vereinigung Politische Wissenschaft (DVPW) erst seit dem Jahr 2003 eine Ad-hoc-Gruppe Internationale Politische Ökonomie, die im Jahr 2007 zu dem Arbeitskreis Internationale Politische Ökonomie aufgewertet wurde. Dementsprechend wurde die IPÖ im deutschsprachigen Raum meist als Subdisziplin der Internationalen Beziehungen (IB) angesehen. International und verstärkt auch in der hiesigen Wissenschaftsgemeinde wird der IPÖ jedoch ein eigenständiger Status zugeschrieben.¹

The whole point of studying international political economy rather than international relations is to extend more widely the conventional limits of the study of politics, and the conventional concepts of who engages in politics, and of how and by whom power is exercised to influence outcomes. Far from being a subdiscipline of international relations, IPE should claim that international relations are a subdiscipline of IPE (Strange 1994: 218).

Bislang existiert kein deutschsprachiger Band, der eine systematische Übersicht über die verschiedenen Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie geben würde.² Auch die englischsprachige Literatur ist diesbezüglich dünn gesät (vgl. Caporaso/Levine 1992; Palan 2013a). Standardwerke und Lehrbücher der Internationalen Politischen Ökonomie (siehe z. B. Gilpin 2001; Behrens et al. 2005; Ravenhill 2008;

- 1 Manche Publikationen verwenden den Begriff *Globale Politische Ökonomie*, um die Eigenständigkeit der Disziplin gegenüber den Internationalen Beziehungen zu betonen (vgl. Palan 2000: 1). Letztlich werden beide Begriffe in der Literatur aber nicht trennscharf verwendet und sind weitgehend austauschbar (vgl. Palan 2013b: 1). In diesem Band wird daher nur der Begriff Internationale Politische Ökonomie benutzt.
- 2 Wird in diesem Band von der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) als Disziplin gesprochen, so werden die Anfangsbuchstaben großgeschrieben. Wenn vom Feld und Untersuchungsgegenstand der Disziplin die Rede ist, so wird der Begriff internationale politische Ökonomie (ipÖ) kleingeschrieben.

Weingast und Wittman 2008; O'Brien/Williams 2010; Bieling 2011; Schirm 2013) gehen oft nur am Rande auf die Theorien der Disziplin ein.³

Hinsichtlich der Einteilung der verschiedenen Theorierichtungen wird in vielen Fällen, zurückgehend auf Gilpin (1987), von den drei Hauptparadigmen Liberalismus bzw. neoliberale Ökonomie, merkantilistischer Realismus und Marxismus bzw. historischer Materialismus gesprochen (vgl. Crane/Amawi 1997a; Miller 2008; O'Brien/Williams 2010; Bieling 2011; Jäger/Springler 2012). Laut Watson (2005: 27) sind die Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie stark durch diese dreiteilige Struktur gekennzeichnet: „[...] students are encouraged to believe that all possible positions on the nature of the world economy must have an affinity with one of the trichotomous poles of liberalism, realism, and Marxism“ (vgl. auch Ravenhill 2008). Andere vollziehen ebenfalls diese Dreiteilung, sprechen aber stattdessen z. B. von einer pluralistischen Perspektive, einer Management- bzw. Führungsperspektive und einer Klassenperspektive (vgl. Alford/Friedland 1985).

Eine weitere gängige Unterteilung unterscheidet zwischen orthodoxen und heterodoxen⁴ IPÖ-Theorien. Heutzutage werden als orthodoxe und daher vorherrschende IPÖ-Theorien vor allem (neo)liberal-institutionelle Ansätze gesehen, die wiederum stark vom Rational-Choice-Ansatz dominiert sind.⁵ Auch merkantilistisch (neo)realistische IPÖ-Theorien können dazu gezählt werden (vgl. Gilpin 2001; Helleiner 2002; Keohane 2009). Heterodoxe Theorien sind dann schlicht alle Theorien, die von den orthodoxen Theorien abweichen. Angestoßen von Cohen (2007, 2008a) hat es in den letzten Jahren eine Debatte gegeben, die ontologische und epistemologische Differenzen geographisch lokalisiert und eine *amerikanische IPÖ* und eine *britische IPÖ* unterscheidet (siehe z. B. die Debatte im *Special Issue* der Zeitschriften *New Political Economy* und *Review of International Political Economy* im Jahr 2009). Wenige Bände gehen indes auf die theoretischen Entwicklungen der letzten Jahre ein (siehe aber Hartmann/Kunze/Brand 2009; Blyth 2009 und Palan 2013b). Wenn überhaupt, beschäftigen sie sich mit theoretisch-konzeptionellen Entwicklungen innerhalb eines Theoriestrangs der Internationalen Politischen Ökonomie (vgl. z. B. Gilpin 2001; Brand/Raza 2003; de Goede 2006; Frieden/Lake/Schultz 2009; Young/Scherrer 2010; Opratko/Prausmüller 2011).

In diesem Band wird aufgezeigt, dass das Feld der Theorien der IPÖ sehr viel breiter ist und in der Disziplin eine lebhaftere Theoriediskussion stattfindet, die sich

3 Für die IB siehe etwa Schieder/Spindler (2010).

4 Hetero: abweichend, anders, ungleich; doxa: Lehre, Meinung, Vorstellung, daher in etwa abweichend von der dominierenden (Lehr-)Meinung.

5 Die Begriffe Public Choice und Rational Choice sind nicht trennscharf voneinander abgegrenzt. Im Folgenden wird der Begriff Rational Choice verwendet.

inzwischen weit ausdifferenziert hat.⁶ Neben den klassischen IPÖ-Theorien und deren Weiterentwicklungen gibt es eine Vielzahl weiterer IPÖ-Theorien, die vielen Studierenden der Politik- und Sozialwissenschaft kaum oder gar nicht bekannt sind. Die Unkenntnis über die Breite der Theorieangebote schränkt nicht nur den analytischen Blick ein, sondern führt auch dazu, dass eine Vielzahl alternativer Herangehensweisen und Analysemöglichkeiten des empirischen Feldes nicht wahrgenommen werden können. Zugleich ist unbestritten, dass die (kritische) theoretische Auseinandersetzung mit und Weiterentwicklung von Liberalismus, (merkantilistischem) Realismus und historischem Materialismus das theoretische Fundament darstellen, auf dem die heutigen Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie fußen.

Dieser einleitende Beitrag beleuchtet zunächst die bürgerlich-liberalen, die merkantilistisch-realistischen und die marxistischen Fundamente der IPÖ. Anschließend wird auf das Forschungsfeld und den Gegenstandsbereich der IPÖ eingegangen. Nach einem Rekurs auf die metatheoretischen Wurzeln der Disziplin werden die Theorien und die Beiträge in diesem Band im Hinblick auf ihre akteurs- oder strukturorientierten Anteile eingeordnet. Die Bandbreite der Theorien reicht dabei von Ansätzen, die fast ausschließlich auf die strukturelle Dimension fokussieren, bis hin zu Theorien, in denen im Gegensatz dazu die Akteure als ausschlaggebend und zentral angesehen werden.

2. Fundamente der Internationalen Politischen Ökonomie

Die Wurzeln der Internationalen Politischen Ökonomie gehen auf die Politische Ökonomie u. a. von Adam Smith, David Ricardo und Stuart Mill zurück. Die *Klassische* Politische Ökonomie kann als Antwort auf und Kritik an dem vom 16. bis zum 18. Jahrhundert vorherrschenden Merkantilismus – dem Colbertismus (John Baptiste Colbert) in Frankreich sowie dem Kameralismus als deutscher Variante (Johann Joachim Becherer) – verstanden werden. Diese Theorieentwicklung vollzog sich in einer Zeit veränderter gesellschaftspolitischer Bedingungen: dem Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft und dem zunehmenden politischen Einfluss der Kaufleute und des Unternehmertums.

Der merkantilistische Realismus sah das internationale (Handels-)System aus der Sicht des Staates als Nullsummenspiel: Der Außenhandelsüberschuss des einen Landes ist das Außenhandelsdefizit des anderen Landes. Zugleich ist die Menge an

6 Der Theoriebegriff in dieser Einleitung folgt dem allgemeinen Verständnis von politischen Theorien als (mehr oder weniger) geordneten und kohärenten Aussagesystemen zur Beschreibung und Erklärung von gesellschaftlicher Realität. Zu den Funktionen von Theorien in epistemologischer Hinsicht siehe etwa Schieder/Spindler 2010: 23.

Reichtum global begrenzt. Letztlich wurde Reichtum schlicht an der Menge von Gold gemessen, das in einem Land als Reserve angehäuft wurde. Der Staat hat in dieser Perspektive die Aufgabe, den Exportüberschuss eines Landes zu steigern und den Import so weit wie möglich zu beschränken. Denn je mehr Reichtum ein Staat anhäufen konnte, umso mächtiger war er. *Marktbeziehungen* sind demnach *Machtbeziehungen*. Die Intervention des Staates in die Ökonomie gehört zur *raison d'état* und daher zur Pflicht des Staates. Staat und Ökonomie sind aus dieser Perspektive nicht nur eng miteinander verbunden: Sie müssen notwendigerweise gemeinsam agieren, um den Wohlstand einer Nation zu sichern. Theoretisch ist die Ökonomie daher immer schon in das internationale System staatlicher Machtbeziehungen eingebettet (vgl. Bieling 2011: 29ff.).

Der Moralphilosoph und Ethiker Adam Smith, der als einer der Urväter der Klassischen Ökonomie angesehen wird, kritisierte den Merkantilismus. Zusammen mit David Hume legte er damit den Grundstein für die spätere Entwicklung einer liberalen Außenhandelstheorie. Für Smith waren offene Märkte für alle beteiligten Länder von Vorteil und die Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Theoretisch fokussiert er vor allem auf das innovative und profitorientierte Handeln der Individuen:

Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil (Smith 1974 [1776]: 17).

Dieses nutzenmaximierende Handeln von freien Individuen führt demnach zum allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand:

Tatsächlich fördert er [der Mensch] in der Regel nicht bewußt das Allgemeinwohl, noch weiß er, wie hoch der eigene Beitrag ist. Wenn er es vorzieht, die nationale Wirtschaft anstatt die ausländische zu unterstützen, denkt er eigentlich nur an die eigene Sicherheit und wenn er dadurch die Erwerbstätigkeit so fördert, daß ihr Ertrag den höchsten Wert erzielen kann, strebt er lediglich nach eigenem Gewinn. Und er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. [...] gerade dadurch, daß er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun (Smith 1974 [1776]: 371).

Die Gesellschaft ist für Smith eine Ansammlung von Individuen, deren Hang zum Tausch die Grundlage und Voraussetzung der auf Warentausch basierenden Ökonomie ist. Der Preis von Waren, aber auch der Arbeitskraft, entsteht über Angebot und Nachfrage. Länder bzw. die Wirtschaften in den jeweiligen Ländern sollten nun auf die Produktion von Gütern fokussieren, die sie kostengünstiger als andere Länder produzieren können, bei denen sie also einen *absoluten Kostenvorteil* innehaben.

Gleichwohl waren Smith die Grenzen des freien Marktes bekannt. So ging er davon aus, dass nicht alle Güter von einzelnen Unternehmen in hinreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden können. Vor allem kollektive Güter, wie Bildung oder Gesundheitsversorgung, sollten weiterhin durch den Staat angeboten werden. Das wohlverstandene Eigeninteresse (*prudence*), der Motor für Arbeitsteilung und den freien Handel, ist dabei der Norm der Gerechtigkeit (*justice*) untergeordnet. Gerechtigkeit legt als Norm somit den übergeordneten Rahmen fest, innerhalb dessen sich das Eigeninteresse entfalten kann (Smith 2007). Das moralisch verantwortliche Handeln stellte damit für Smith eine zentrale Grundbedingung für das Funktionieren des Kapitalismus dar und wird heute angesichts zunehmender Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte z. B. von Krugman (2009) wieder eingefordert.

David Hume argumentierte, dass eine merkantilistische Außenhandelsstrategie nur bedingt zur Mehrung von Wohlstand führe. Der Merkantilismus würde auf der falschen Annahme beruhen, dass der Geldwert stabil sei. Tatsächlich würde der Geldwert aber sinken, wenn stetig mehr Geld ins Land hinein- als hinausfließt. Denn mehr Geld im Land steigere die Nachfrage. Da der Nachfrage aber nur begrenzte Güter gegenüberstehen, hätte das die Verteuerung der Güter zur Folge. Es käme zu einer Inflation und damit zur Abwertung des Geldwerts. Bei gleichzeitigem stabilem Wechselkurs würden die Exportgüter teurer, was wiederum mit Wettbewerbsverlust einhergehe.

Den entscheidenden Schritt zur Entwicklung einer liberalen Außenhandelstheorie und des internationalen Freihandels tat einige Jahre später David Ricardo, u. a. mit seiner Theorie der komparativen Kostenvorteile. Nach Ricardo profitieren alle Länder vom Handel, selbst wenn ein Land in allen Sektoren produktiver ist als das andere (vgl. Schirm 2013: 27ff.). Voraussetzung ist, dass sich jedes Land auf die Aktivitäten mit *relativ höherer Produktivität* konzentriert. Selbst ohne *absoluten* Kostenvorteil kann sich hierdurch ein *komparativer* Kostenvorteil ergeben (vgl. Bodenstein in diesem Band). Durch Freihandel und Spezialisierung erhöht sich auch der Profit der Unternehmer: Nach Ricardo ist eine Profitsteigerung nur möglich, indem die Löhne gesenkt werden. Die Löhne hängen aber wiederum von den Kosten ab, die ein Arbeiter hat, um sich zu reproduzieren. Wenn die Reproduktionskosten durch billigere Importgüter gesenkt werden, können auch die Löhne gesenkt werden. Ricardo schreibt diesbezüglich in den *Grundsätzen der Politischen Ökonomie*:

Es war mein Bestreben, durch dieses ganze Werk zu zeigen, daß die Profitrate niemals anders als durch eine Senkung der Löhne erhöht werden kann und daß eine dauernde Senkung der Löhne nur durch ein Sinken [der Preise] der lebenswichtigen Güter, für welche die Löhne verausgabt werden, eintritt. [...] Wenn wir, anstatt unser eigenes Getreide anzubauen oder die Kleidung und die anderen lebenswichtigen Güter des Arbeiters selbst zu erzeugen, einen neuen Markt entde-

cken, durch den wir uns mit diesen Waren wohlfeiler versorgen können, so werden die Löhne fallen und der Profit wird steigen (Ricardo 1959 [1817]: 119).

Bis heute lassen sich die Theorierichtungen der IPÖ in ihrer Entwicklung bzw. durch ihre kritische Abgrenzung auf diese Vordenker beziehen. Drei entscheidende Dynamiken sind oftmals charakteristisch für die Beschreibung und Erforschung von Marktwirtschaften: So erfolgt die Preisbildung über Angebot und Nachfrage als Bezugsrahmen für Kaufs- und Verkaufsinteressen und strebt dabei einem ausgewogenen Verhältnis zu. Des Weiteren gilt Wettbewerb als Taktgeber für individuelles und institutionelles Verhalten, das sich letztlich wohlfahrtssteigend auswirkt. Zudem sorgt das Prinzip der Effizienz für eine optimale Allokation von Ressourcen und ist regelgebend für die (Über-)Lebensfähigkeit wirtschaftlicher Akteure (vgl. Meyers 1989: 6).

Die wohl bekannteste Kritik an der Klassischen Politischen Ökonomie stammt von Karl Marx, dessen Opus Magnum *Das Kapital* folgerichtig auch den Untertitel *Kritik der Politischen Ökonomie* trägt. Nach Marx basiert die Politische Ökonomie auf einer märchenhaften Erzählung, wie in dem zynischen Zitat deutlich wird:

In einer längst verfloßnen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andren faulenzende, ihr alles und mehr verjubilende Lumpen. ... So kam es, daß die ersten Reichtum akkumulierten und die letzteren schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigne Haut (Marx 1962 [1867]: 741).

Neben seiner politischen Kritik am Kapitalismus stellt Marx auf theoretischer Ebene die Frage, wie Profit entstehen kann, wenn laut der bürgerlich-liberalen Politischen Ökonomie letztlich alle Güter – auch das Gut Arbeitskraft – zu Gleichgewichtspreisen ausgetauscht werden. Marx' Antwort lautet, dass die warenproduzierende Arbeitskraft der Arbeiter eben nicht durch einen Äquivalententausch vonstattengeht, sondern ein Teil des von dieser Arbeitskraft produzierten Wertes durch den Arbeitgeber resp. *Kapitalisten* unentgeltlich angeeignet wird. Hierdurch erhält der Arbeitgeber einen Wertzuwachs – *einen Mehrwert* – in Form von Profit. Das Problem besteht nun nach Marx darin, dass eine profitorientierte Produktionsweise, wie der Kapitalismus, notgedrungen Profit produzieren muss, weil sonst die Stellung des Unternehmers im Vergleich zu seinen Konkurrenten geschwächt wird: Der Unternehmer (oder die Unternehmerin) hat ansonsten kein neues Kapital zur erneuten Investition zur Verfügung, verliert mitunter auch an Kreditwürdigkeit bei Anlegern und Banken und wird vom Markt verdrängt. Auf diese Weise kennzeichnet Marx die der kapitalistischen Wirtschaftsweise inhärente Logik der Notwendigkeit der Kapitalverwertung und Profitvermehrung. Der Drang zur überdurchschnittlichen Kapitalverwertung, mit all den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen, ist laut Marx in diesem System rational (vgl. Heinrich 2004: 37ff.). Anstatt, wie die Politische Ökono-

mie, auf Individuen zu fokussieren, interessiert Marx das Verhältnis zwischen den Individuen – das *gesellschaftliche Verhältnis*: „Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn“ (Marx 1953 [1957/58]: 176).

3. Das Forschungsfeld der IPÖ

Viele Theorien haben sich auch deshalb von den gemeinsamen theoretischen Wurzeln gelöst und sich weiter ausdifferenziert, weil das jeweilige Forschungsfeld im Kontext sich wandelnder historischer Entwicklungen verstanden werden muss. Die Theorien der IPÖ „sind gedanklich vorgefasste [...] Ordnungsschemata“, die im historischen Kontext jeweils zugänglich machen, „was für das Auge als Realität erscheint“ (Hafendorn 1975: 9). Die IPÖ hat die Aufgabe, als Wissenschaft „die Untersuchung politisch-sozioökonomischer Prozesse in transnationalen gesellschaftlichen und politischen Systemen [...]“ (Meyers 1989: 13) voranzutreiben. Die Integrationswissenschaft IPÖ besetzt die Schnittstelle zwischen Politik und Ökonomie und stellt einen Zusammenhang her, „den die klassische liberale Volkswirtschaftslehre leugnet: den zwischen dem sozialen Interaktionsfeld Staat und dem sozialen Interaktionsfeld Markt“ (Meyers 1989: 15; vgl. Strange 1995: 155). Zugleich beschränkt sie sich nicht auf das Füllen dieser Schnittstelle, sondern stellt mannigfaltige Verbindungen zu einer Vielzahl von Politikfeldern auf unterschiedlichen Ebenen her.

Das Forschungsfeld der IPÖ trägt daher einer Welt mit komplexen Interdependenzen Rechnung (Keohane/Nye 1977) und geht von einer globalisierten Welt aus. Ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung des Feldes war die in *Bretton Woods* beschlossene Wechselkursbindung des US-amerikanischen Dollars an den Goldpreis. Zwar wurde die Goldpreisbindung unter Präsident Nixon wieder aufgelöst (der sog. *Nixon-Schock*), doch sind die Auswirkungen von *Bretton Woods* noch heute für die IPÖ relevant, weil dort auch die Schaffung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank beschlossen wurde (für einen detaillierteren Überblick siehe etwa Weingast/Wittmann 2008: 757ff.).

Die Ölkrise in den 1970er Jahren lenkte die Wahrnehmung von der Sicherheitspolitik als „*hard politics*“ auf die zunehmende Bedeutung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Die Internationale Politische Ökonomie konstituierte sich zunächst in den USA unter dem Einfluss von Joan Spero (1977), Robert Gilpin (1987), Stephen Krasner (1978) und anderen als *Political Economy of International Relations* (vgl. Strange 1995: 164). Weniger der Bruch mit der bisherigen IB-Tradition, wonach die zwischenstaatliche Machtpolitik im Mittelpunkt des Interesses steht, sondern vielmehr die Erweiterung dieses Fokus um die ökonomische Dimension stand

für diese WissenschaftlerInnen im Vordergrund. In Westeuropa, Kanada und Japan entwickelt sich nicht zuletzt aus der kritischen Auseinandersetzung mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen mehr und mehr ein Verständnis von Internationaler und *Globaler* Politischer Ökonomie jenseits zwischenstaatlicher Politiken (Strange 1988 Cox 1987; Gill/Law 1988; vgl. Behrens 2005: 15; vgl. auch Cohen 2008a; zur Entwicklung der akademischen Disziplin siehe van der Pijl in diesem Band).

Anfang der 1990er erhielt die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie in Deutschland einen (neuen) Aufschwung (vgl. Altvater 1991; Altvater/Mahnkopf 1999). Dabei ging es um den Einfluss von internationalen Regimen auf globale Politiken, etwa – im Widerspruch zum liberalen Paradigma – um die Legitimierung einer politisch motivierten staatlichen Regulierung des Welthandels oder auch – entgegen dem realistischen Paradigma – um NGOs sowie privatwirtschaftliche Unternehmen und Verbände als relevante Akteure neben Staaten in der Global Governance. Diese Debatte wurde und wird auch in Bezug auf umweltpolitische und soziale Mindeststandards, Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte und Genderthemen geführt (vgl. z. B. Scherrer/Frank/Greven 1998; Scherrer 2011; Young/Bakker/Elson 2011; Young/Scherrer 2010). Die Entstehung und Weiterentwicklung der IPÖ-Theorien muss daher vor dem Hintergrund der Notwendigkeit gesehen werden, konzeptionelle Analyserahmen für neue gesellschaftlich-ökonomische Problematiken zu überdenken und auszubauen (vgl. Schirm 2006).

Im Forschungsfeld der IPÖ nimmt der internationale Handel und die Wirtschafts- und Währungspolitik eine wichtige Stellung ein. Neben dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen spielen vor allem die Finanzmärkte und die internationalen Finanzbeziehungen eine wichtige Rolle. Hinzu kommt Forschung zu multi- und transnationalen Unternehmen, globalen Wertschöpfungsketten und öffentlich-privaten Partnerschaften. Die Finanz- und Währungskrise hat die Fragestellungen innerhalb der IPÖ zusätzlich verbreitert und erneuert. Fragen zur wirtschaftlichen Stabilität und der nachhaltigen Entwicklung, aber auch nach Verschuldung von Staaten, Finanzprodukten, Wechselkursen und internationalen Regulationen werden seitdem verstärkt bearbeitet. Nicht nur, aber auch gerade vor dem Hintergrund der Krise spielen die Institutionen der globalen Finanzarchitektur wie Banken, internationale Abkommen zur Regulierung, wie Basel II und III, Ratingagenturen, aber auch supranationale Akteure und Institutionen, wie die Europäische Union, die Welthandelsorganisation, die *Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)*, die Verhandlungen der führenden Industrienationen samt Russland (G8) und die erweiterte Runde der G20 eine wichtige Rolle. Nach wie vor sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern des Zentrums und der Peripherie und die jeweiligen Fragen ihrer regionalen Entwicklung für die IPÖ von Bedeutung. Aufstrebende

Staaten wie Brasilien, Russland, Indien und China sowie zunehmend auch Südafrika stellen unter dem Akronym BRICS oder dem Schlagwort der *emerging markets* einen wichtigen Forschungsbereich dar. Nicht weniger wichtig für die IPÖ, aber näher an entwicklungspolitischen Fragestellungen, sind im Gegensatz dazu auch die am wenigsten entwickelten Länder der Welt (LDCs, *Least Development Countries*).

Die Politikfelder, die von der IPÖ bearbeitet werden, spiegeln das weite Spektrum von Themen und Ansätzen wider. Sie reichen von Fragen der Steuerung in Umweltbelangen (etwa der *global environmental governance*) über die Bearbeitung internationaler sozialer Normen (etwa zur Vermeidung von Kinderarbeit der *International Labour Organisation*, ILO, oder der *Millenium Development Goals*, MDG) bis hin zu Geschlechterverhältnissen als Querschnittsgegenstand (etwa beim *gender budgeting* oder Mikrofinanzprogrammen) oder Fragen einer transparenten und gerechten Berichterstattung (etwa bei der Forschung zu *accounting standards*). Es ist eher die Regel als die Ausnahme, dass ein Politikfeld mit mehreren Theorien der IPÖ bearbeitet wird. Unterschiedliche ontologische und epistemologische Perspektiven bestimmen dabei häufig die Herangehensweise an die jeweilige Fragestellung und das Forschungsfeld.

4. Ontologische und epistemologische Grundlagen der IPÖ-Theorien

Der Begriff der Ontologie (die Lehre vom Sein) steht für die konzeptionellen Grundannahmen einer Theorie. Eine Ontologie beinhaltet eine bestimmte Art der Welt-sicht bzw. Weltanschauung. Der Begriff wird klassischerweise von der Epistemologie (Lehre von der Erkenntnis) – *wie kann ich Wissen über die Welt erlangen* – und von der Methodologie (Lehre über die Vorgehensweise) – *wie und auf welche Weise studiere ich die Welt und gehe wissenschaftlich vor, um die Welt zu studieren* – abgegrenzt. Anders formuliert (siehe Hay 2002: 64): What's out there to know about? (Ontologie); What can we (hope to) know about it? (Epistemologie); How can we go about acquiring that knowledge? (Methodologie).

Die Reflexion der jeweiligen ontologischen Grundannahmen ist von großer Bedeutung, da diese das wissenschaftliche Arbeiten – häufig unbewusst – anleiten und strukturieren. Die Ontologie bedingt das jeweilige Verständnis von politischer und sozialer Realität: Geht es schlicht darum, als neutrale Beobachterin mit stetig verfeinerten Methoden die Realität der Ereignisse abzubilden (ergo eine *positivistische* Herangehensweise)? Oder wird um die Wahrheit von Ereignissen in einem niemals endenden Prozess gerungen und beinhaltet jede Analyse bis zu einem gewissen Grad auch eine wissenschaftliche Positionierung (ergo eine *postpositivistische* Herangehensweise)? Der jeweilige ontologische Theorierahmen drückt aus, was als ad-

äquate, plausible und letztlich auch legitime politische Erklärung angesehen wird (vgl. Hay 2002: 61ff.).

Nachfolgend werden die Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie dahingehend diskutiert, ob deren Ontologie eher akteursorientiert oder strukturorientiert ausgerichtet ist (vgl. van der Pijl 2009). Die Bandbreite reicht von Theorien, die praktisch ohne Gesellschaftsbegriff auskommen, wie die Rational-Choice-Theorie, bis hin zu Theorien, in denen die globale gesellschaftliche Struktur stark die Entwicklungsgeschichte der Menschheit bestimmt, wie in der Weltsystemtheorie. Trotz dieser systematisierenden Einteilung darf jedoch nicht aus dem Blick geraten, dass jede Typologisierung eine *analytische* Typologisierung ist: „The world of scholarship is inherently messy, a cacophony of voices competing for attention. No one taxonomy can possibly do justice to them all“ (Cohen 2008b: 31). Der Übergang zwischen den einzelnen Theorien ist fließend und viele AutorInnen kombinieren verschiedene Ansätze miteinander (vgl. Habermann in diesem Band). Allein die Existenz einer Vielzahl von Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, deren Ontologien sich nicht nur unterscheiden, sondern sich häufig auch grundsätzlich widersprechen, weist darauf hin, dass je nach theoretischer Orientierung sehr unterschiedliche Erklärungen gegeben werden (vgl. Heires/Nölke in diesem Band am Beispiel von Finanzialisierung). Auch kann es innerhalb desselben Theorierahmens zu sehr unterschiedlichen Interpretationen des gleichen oder zumindest eines ähnlichen empirischen Materials kommen, wie Bodenstein in seinem Beitrag aufzeigt. Letztlich – und das zeigt van der Pijl in seinem Beitrag – ist Theorieentwicklung selbst sozial, politisch und historisch eingebettet.

5. Akteursorientierte Theorien

In der Rational-Choice-Theorie wird, basierend auf mikroökonomischen Ansätzen wie der Grenznutzentheorie und der Spieltheorie, davon ausgegangen, dass Akteure stets nutzenmaximierend und zweckrational handeln. Die Ökonomie ist hier, wie schon in der bürgerlich-liberalen Ökonomik, eine Ansammlung von Individuen, die nach feststehenden Präferenzen vollständig informiert stets die optimale Entscheidung treffen (*Homo oeconomicus*). Es gibt keine klare Unterscheidung zwischen Ökonomie und Gesellschaft, wie der amerikanisch-österreichische Ökonom Ludwig von Mises betont:

It is, therefore, illegitimate to regard the ‚economic‘ as a definite sphere of human action which can be sharply delimited from other spheres of action. Economic activity is rational activity. And since complete satisfaction is impossible, the sphere of economic activity is coterminous with the sphere of rational action (von Mises 1951: 124).

Die *Rational-Choice*-Theorie, auch als Neue Politische Ökonomie bezeichnet (vgl. Holzinger 2009), hat diesen Ansatz konsequent zu Ende geführt und analysiert politische Handlungen und Entscheidungsprozesse mittels mathematischer Modelle. Dass die Modelle von komplexitätsreduzierenden Prämissen und Annahmen geprägt sind, wird dabei für die Darstellung kausaler Wirkungsmechanismen in Kauf genommen.

In der allgemeinen Gleichgewichtstheorie stellt sich mittel- bis langfristig über den Preismechanismus ein allgemeines Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot ein. Der Preis einer gehandelten Ware bestimmt sich über dessen Grenznutzen, also anhand des bis zum Sättigungspunkt zunehmenden Nutzens mit jeder weiteren konsumierten Einheit. Allerdings kommt es durch staatliches Handeln oder beispielsweise auch durch den Einfluss von Gewerkschaften zu Marktverzerrungen, die potenziell Marktversagen zur Folge haben können. In der Spieltheorie wird von der Annahme eines allgemeinen gesellschaftlichen Gleichgewichts insofern abgewichen, als bestimmte zweckrational nachvollziehbare Akteurskonstellationen zu nicht-optimalen Resultaten führen können. Die neoklassische Theorie ist heutzutage so bestimmend, wenn es um die Interpretation ökonomischer Entwicklung geht, dass bisweilen von einem neuen *ökonomischen Imperialismus* gesprochen wird (vgl. Michie/Oughton/Wilkinson 2002). Zwar zeigt Young in ihrem Beitrag auf, dass die auf der neoklassischen Theorie beruhenden Denkschulen des Neoliberalismus, Ordoliberalismus und Laissez-faire-Liberalismus in der Literatur nicht trennscharf verwendet werden. Dennoch kann festgehalten werden, dass der analytische Schwerpunkt der Theorie auf einer Mikroperspektive liegt – es handelt sich um eine akteursorientierte Theorie.

Der Keynesianismus wendet sich ein Stück weit von der kompletten Fixierung auf den Homo oeconomicus und mikroökonomische Herangehensweisen ab, indem makroökonomische Überlegungen einbezogen werden. Geprägt von den Ereignissen und den Folgen der *Great Depression* – der schwersten Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts – entwickelte John Maynard Keynes eine liberal-institutionalistische Theorie, die im Gegensatz zu der Neoklassik nicht davon ausgeht, dass individuelles zweckrationales Handeln allein zu einem ökonomischen Gleichgewicht führen wird. Auch könne sich ein Gleichgewicht auf einem relativ hohen Niveau von Arbeitslosigkeit einstellen. Vielmehr müsse der zweckrational handelnde Akteur durch einen zweckrational handelnden Kollektivakteur ergänzt werden – den Nationalstaat. Zumindest theoretisch handelt es sich beim Keynesianismus nicht um eine radikale Alternative zur Neoklassik. Deren Grundannahmen gelten prinzipiell auch für den Keynesianismus (für eine ausführliche Diskussion der Differenzen siehe den Beitrag von Herr in diesem Band). Der hauptsächliche theoretische Unterschied liegt darin, dass Keynes die Möglichkeit des Marktversagens anerkannte und die Bedeutung so-

zialer Strukturen als distinkt von einer reinen Ansammlung individueller Entscheidungen hervorhob. Zugleich betonte Keynes die Bedeutung von Massennachfrage und -konsum für eine stabile Ökonomie: „[...] capital is not a self-subsistent entity existing apart from consumption. On the contrary, every weakening in the propensity to consume regarded as a permanent habit must weaken the demand for capital as well as the demand for consumption“ (Keynes 1973 [1936]: 106). Politische Konsequenz hieraus ist u. a. die Befürwortung staatlicher Eingriffe in das Marktgeschehen und die (politische wie ökonomische) Notwendigkeit von Vollbeschäftigung.

Der Keynesianismus setzt sich theoretisch insofern von der Neoklassik ab, als zwischen kurzfristigen und langfristigen Handlungen unterschieden wird: Was kurzfristig aus einer Mikroperspektive richtig ist, kann langfristig makroökonomisch fatale Folgen haben (siehe z. B. das sogenannte *Sparparadox*). Die Aufgabe des Staates ist es, die langfristige Perspektive im Auge zu behalten:

I expected to see the State, which is in a position to calculate the marginal efficiency of capital-goods on long views and on the basis of the general social advantage, taking an ever greater responsibility for directly organizing investment (Keynes 1973 [1936]: 164).

Aus neoklassischer Sicht ist ein solches steuerndes Eingreifen nicht nur ökonomisch fragwürdig und politisch hoch problematisch. Wie Friedrich von Hayek in seiner Schrift *Der Weg zur Knechtschaft* (Hayek 2004 [1944]) ausführt, kann eine solche zentralisierte Steuerung letztlich nur zu totalitären Regimen führen (er hatte sowohl den Nationalsozialismus wie auch den Kommunismus vor Augen). Theoretisch argumentiert Hayek, dass es nicht möglich ist, sämtliche für das Marktgeschehen wichtige Informationen zu zentralisieren, da letztlich nur die individuellen Marktteilnehmer wüssten, welche Präferenzen und Wünsche sie haben (vertiefend zu den Klassikern der IPÖ vgl. Crane/Amawi 1997).

Auch der auf Friedrich List (2012 [1841]) zurückgehende Neomerkantilismus bzw. neomerkantilistische Realismus basiert auf neoklassischen Annahmen. Aufgrund von global unterschiedlichen Entwicklungspfaden und historischen Kräfteungleichgewichten kann ein zeitlich begrenzter Protektionismus notwendig sein, um eine nachholende und also aufholende Entwicklung zu ermöglichen (vgl. Chang 2003). Der Neoklassik wird auf diese Weise eine bislang fehlende historische Dimension hinzugefügt: Die Annahme, dass der Mensch als *Homo oeconomicus* zweckrational und egoistisch handelt, gilt weiterhin, nur führt das in der neomerkantilistischen Theorie nicht notgedrungen zu einem Gleichgewicht, da es unterschiedliche historische Entwicklungspfade gibt, die manche Marktteilnehmer oder Nationalstaaten bevorteilt und andere benachteiligt. Sobald diese jedoch in der Entwicklung aufgeholt haben, sollten protektionistische Maßnahmen zurückgenommen werden. Damit wird vor allem die Zeitlosigkeit neoklassischer Annahmen relativiert, weniger

jedoch, dass zwischen gleichberechtigten Partnern die *unsichtbare Hand des Marktes* (Adam Smith) letztlich zu allgemeinem Wohlstand führt.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die neoklassische Theorie sich in der Analyse internationaler Ökonomie auf den (internationalen) Markt konzentriert. An diesem Markt partizipieren alle MarktteilnehmerInnen gut informiert und gleichberechtigt, zweckrational und nutzenmaximierend. Der Markt selbst fungiert als anonymer und neutraler Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage. Paradigmatisch verdichtet wird diese Annahme in der Metapher des *Walras-Auktionators*, welcher solange die Preise der Güter verändert, bis sich Angebot und Nachfrage optimal entsprechen und es zu einem allgemeinen Gleichgewicht kommt. Die Pareto-Optimalität für den Tausch besteht darin, dass es eine ganz bestimmte Kombination von Preis und Menge gibt, von wo aus niemand mehr bessergestellt werden kann, ohne jemand anderen schlechterzustellen. Aus dieser Perspektive ist die Ökonomie die spontane Ordnung der Summe aller Individualentscheidungen. Eine makroökonomische Perspektive und damit die Anerkennung einer gesellschaftlichen Struktur in Form von sozialen Institutionen jenseits mikroökonomischer Entscheidungen wird weitestgehend ausgeblendet. Allerdings wird diese stark akteursorientierte Herangehensweise zunehmend aufgeweicht, indem Marktverzerrungen in die Theorie mit einbezogen werden (vgl. Dür 2012).

Realistisch-merkantilistischen wie liberal-institutionalistischen Theorien ist gemein, dass Staaten unter der Bedingung der Anarchie als zweckrationale Akteure konzipiert werden. Realistische Ansätze betonen vor allem die Struktur des internationalen Systems. Strukturelle Voraussetzung für den Freihandel ist nach Kindleberger (1973) und Gilpin (1987) eine hegemoniale Stabilität. Ein Hegemon ermöglicht Freihandel, indem er öffentliche Güter (militärische Sicherheit, Rechtssicherheit etc.) zur Verfügung stellt. Die außenwirtschaftlichen Verflechtungen hingegen haben aus liberal-institutionalistischer Perspektive die Wirkung der Anarchie abgemildert. Unter der Bedingung komplexer Interdependenz sind Staaten zu Kooperationen bereit, da sie dadurch Transaktionskosten senken können. Staaten werden ähnlich wie Unternehmen konzipiert (z. B. Aggarwal 1985; James/Lake 1989; Oatley/Nabors 1998; Richards 1999), die ihren Nutzen maximieren wollen. Aus dieser Perspektive können mathematische Modelle der Wirtschaftswissenschaften problemlos auf die Analyse des Verhaltens von Staaten übertragen werden.

6. Strukturorientierte Theorien

Während der methodologische Individualismus Grundlage akteursorientierter Theorien ist und das individuelle Handeln in den Mittelpunkt gestellt wird, fokussieren

strukturorientierte Theorien vor allem auf die gesellschaftliche Struktur, z. B. in Form von gesellschaftlichen (Sub-)Systemen (Systemtheorie) oder auf die jeweilige sozio-ökonomische Entwicklungsweise (Regulationstheorie) oder auf die globale Struktur (Weltsystemtheorie). Die Grundannahme ist hier, dass soziale Strukturen ihre eigene Logik haben, die nicht oder nicht ausschließlich aus dem Handeln der Individuen einer Gemeinschaft abgeleitet werden kann. Dieser Gedanke ist bereits bei Hegel zu finden, für den die Welt ihre eigene Rationalität mit einer ihr inhärenten Logik besitzt. Die ontologische Dimension wird bei strukturorientierten IPÖ-Theorien gewissermaßen als analog zum Organismus gefasst: „It [the social system] has the characteristics of an organism, in that it has a life-span over which its characteristics change in some respects and remain stable in others“ (Wallerstein 1974: 347). Die Funktionsweisen des Systems können zwar im Detail untersucht werden – sie können jedoch im Hinblick auf das gesamte System analysiert und verstanden werden.

Die theoretischen Konzepte der strukturorientierten Theorien beruhen auf bestimmten Strukturkategorien, wie z. B. dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise in der Regulationstheorie oder dem durch den (ungleichen) Handel geprägten Zusammenspiel von Zentrum, Peripherie und Semiperipherie in der Weltsystemtheorie. Während das Individuum in liberalen Theorien als autonomer Akteur konzeptualisiert wird, das frei seine Entscheidungen treffen kann (siehe aber Wullweber in diesem Band zur fehlenden Entscheidungsfreiheit im Rational-Choice-Ansatz), wird der Akteur in strukturorientierten Theorien, sei es als einzelnes Individuum, als (Klassen-)Kollektiv, als Firma oder als Nationalstaat, dem sozialen System und damit auch tendenziell dessen funktionalen Erfordernissen untergeordnet. Insgesamt nehmen alle strukturorientierten Theorien innerhalb der Internationalen Politischen Ökonomie eine makropolitisch-ökonomische Perspektive ein. Die Ökonomie wird als strukturiertes Ensemble aus Subsystemen konzeptualisiert. Je nachdem, wie viel Handlungsspielraum einzelnen Akteuren innerhalb des (globalen) Systems eingeräumt wird, können schwache Systemtheorien (tendenziell mehr Handlungsspielraum der Akteure) und starke Systemtheorien (eher weniger Handlungsspielraum der Akteure) unterschieden werden. Die Regulationstheorie wie auch einige institutionalistische IPÖ-Theorien sind eher schwache Systemtheorien, während die Weltsystemtheorie und die systemtheoretische IPÖ eher starke Systemtheorien darstellen.

Jede Theorie hat unterschiedliche Schwerpunkte und Analyseperspektiven. Ausgangspunkt der Regulationstheorie war beispielsweise die Frage, auf welche Weise ein profitorientiertes und marktbasierendes System wie der Kapitalismus in der Lage ist, zumindest phasenweise relativ stabil zu sein, obwohl, so die Annahme, dieses System doch tendenziell stark krisenhaft ist (vgl. Aglietta 1979; Boyer 1990; Lipietz 1987). Insbesondere das sogenannte goldene Zeitalter des Fordismus, die Zeit zwischen Mit-

te der 1940er bis Mitte der 1970er Jahre, war Objekt vieler regulationstheoretischer Studien. Auch mit dem Übergang zu einer stärker auf der Finanzwirtschaft basierten profitorientierten Wirtschaftsweise wurde sich eingehend beschäftigt (siehe ausführlich Sablowski in diesem Band). Da sich bislang aber keine ähnlich stabile Phase wie der Fordismus herausgebildet hat, behilft sich die Regulationstheorie mit dem Begriff des Postfordismus, um die veränderten Regulations- und Akkumulationsweisen zu fassen (vgl. Brand/Raza 2003). Die Weltsystemtheorie hat unter den IPÖ-Theorien die ausgeprägteste Makroperspektive (siehe Schmalz in diesem Band). Das gilt sowohl räumlich, da die Analyseeinheit die gesamte globale Ökonomie – das Weltsystem – darstellt, als auch historisch: Nicht selten betrachten empirische Studien lange Zyklen und beginnen im 16. Jahrhundert oder früher (vgl. Wallerstein 1974). Die soziale und politische Komplexität wird notgedrungen und bewusst auf wenige Variablen reduziert. Die Ontologie der Weltsystemtheorie zeigt am deutlichsten die Charakterzüge eines Funktionssystems: Es ist das globale Weltsystem, das eine eigene Logik besitzt. Das Handeln der Akteure ist weitgehend durch das System determiniert. Sie handeln entsprechend den funktionalen Erfordernissen des Systems. Die Stärke der Weltsystemtheorie liegt in dem Aufzeigen großer historischer Zusammenhänge und Entwicklungen durch Komplexitätsreduktion.

Die systemtheoretische IPÖ nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als hier Akteure im engen Sinne gar nicht mehr beachtet werden. Vielmehr interessieren die über Kommunikationsprozesse produzierten sozialen Ordnungsbildungsprozesse und deren Ausdifferenzierungen. Politik und Wirtschaft werden als zwei Funktionssysteme verstanden, die wiederum Teil eines größeren Funktionssystems, der Weltgesellschaft, sind (vgl. Kessler in diesem Band). Hierbei handelt es sich um ein autopoietisches System: „Die Systeme reproduzieren sich durch die stetige Produktion ihrer eigenen Elemente (Kommunikationen) und existieren nur im Vollzug ihrer eigenen Operationen“ (vgl. Kessler S. 120).

7. Institutionalistische Theorien

Die institutionalistische IPÖ markiert gewissermaßen den Übergang von aktorsorientierten zu strukturorientierten Theorien und kann daher im Hinblick auf ihre ontologische Dimension sowohl als aktors- als auch strukturorientiert bezeichnet werden. In Theorien wie Varieties of Capitalism, Institutionalismus, der Neuen Institutionellen Ökonomie sowie der vergleichenden Kapitalismusforschung wird der gesellschaftlichen Struktur mehr Raum als in aktorsorientierten Theorien eingeräumt. Dennoch sind institutionalistische Theorien ontologisch nah an aktorsorientierten Theorien angesiedelt. Die gesellschaftlichen Akteure sind nun allerdings

in gesellschaftliche Institutionen, verstanden als Gewohnheiten, Regeln und ritualisierte Handlungen, eingebettet (vgl. Horn in diesem Band). Institutionen rahmen den Handlungsspielraum und die Präferenzen der Akteure bis zu einem gewissen Grad ein (vgl. Schirm in diesem Band). Sie wirken aber bei Weitem nicht so handlungsleitend wie die sozialen Strukturen bei strukturorientierten Theorien der IPÖ, geschweige denn so determinierend wie das bei starken Systemtheorien der Fall ist.

Durch den theoretisch-analytischen Fokus auf gesellschaftliche Institutionen wird die historische Dimension und Entwicklungsdynamik gestärkt: Institutionen sind nicht starr. Sie verändern sich im Laufe der Zeit und passen sich an neue Umstände und Erfordernisse an. Gesellschaftliche Entwicklung bekommt einen hohen Stellenwert. Nicht ohne Grund erinnern diese Theorien stark an die darwinsche(n) Evolutionstheorie(n). Veblen (1998 [1898]) prägte den Begriff der Evolutionsökonomik: Institutionen wirken selektiv auf Handlungen ein. Zugleich setzen sich die ‚fitteren‘ Handlungen und Akteure durch und wirken dadurch wiederum verändernd auf die Institutionen ein:

The life of man in society, just like the life of other species, is a struggle for existence, and therefore it is a process of selective adaptation. The evolution of social structure has been a process of natural selection of institutions. The progress ... is ... a natural selection of the fittest habits of thought and to a process of enforced adaptation of individuals to an environment which has progressively changed with the growth of the community and with the changing institutions under which men have lived (Veblen 1994 [1899]: 125).

Der Evolutionsmechanismus an sich ist allerdings eine Blackbox: Der Frage, wie und warum diese Form der Selektion vonstattengeht, wird nicht nachgegangen. Darwin sprach sich gegen die Idee aus, dass Evolution gleichbedeutend sei mit Fortschritt: „After long reflection I cannot avoid the conclusion that no inherent tendency to progressive development exists“ (Darwin, zitiert nach Crane/Amawi 1997b: 3). Die Ökonomie bzw. die Märkte werden als eine unter vielen gesellschaftlichen Institutionen gefasst, die sich immer schon in einem sozialen Kontext befinden. Abstrakte, auf mathematischen Modellen basierende ökonomische Theorien werden aus institutionalistischer Perspektive zur Erklärung des Marktgeschehens abgelehnt. Stattdessen geht es darum, die historische, kulturelle und politische Varianz von Marktwirtschaften und Formen kapitalistischer Produktion aufzuzeigen, was sich im Namen Varieties of Capitalism (VoC) widerspiegelt.⁷ Empirische Studien haben einen hohen Stellenwert, bisweilen, wie bei Veblen und auch Polanyi (1957), mit anthropologischem Einschlag. Insbesondere Arbeiten, die sich auf den Varieties-of-Capita-

7 Allerdings rekurren einige Arbeiten innerhalb des Varieties-of-Capitalism-Ansatzes stark auf Rational-Choice-Theorien (vgl. Beck/Scherrer in diesem Band).

lism-Ansatz stützen, liefern dementsprechend umfangreiche und empirisch gesättigte Analysen (zum VoC-Ansatz vgl. Beck/Scherrer in diesem Band).

Bestimmte Formen des Institutionalismus können aber auch starke strukturtheoretische Annahmen enthalten, wie Polanyis Konzept der gesellschaftlichen Doppelbewegung (*double movement*): Auf der einen Seite befindet sich die Vorstellung eines sich selbst regulierenden Marktes mit potenziell zerstörenden Auswirkungen für die soziale Struktur der Gesellschaft und die Umwelt. Je stärker sich die Wirtschaft aber tatsächlich verselbstständigt und gesellschaftlich entbettet, umso stärker setzt auf der anderen Seite eine gesellschaftliche Gegenbewegung ein, indem der Nationalstaat Maßnahmen der sozialen Sicherung vornimmt und wieder stärker planerisch eingreift. In diesem Prozess kommt es zu gesellschaftlicher Transformation, worin sich der Evolutionsgedanke widerspiegelt (vgl. Polanyi 1957). Die oszillierende Doppelbewegung zwischen *disembedding* und *reembedding* beschreibt ein sich selbst regulierendes soziales System.

Zusammengefasst handelt es sich bei institutionalistischen IPÖ-Theorien weiterhin aber eher um akteursorientierte Theorien, die jedoch theoretischen Raum für gewisse Dynamiken geben, die das Handeln der Akteure vorstrukturieren. Es wird also auf einen starken Strukturbegriff verzichtet und eher auf einen weniger verfestigten Institutionenbegriff zurückgegriffen.

8. Postpositivistische Theorien

Es gibt eine ganze Reihe an Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, die weder übermäßig die Akteursperspektive privilegieren, noch die soziale Struktur theoretisch dominieren lassen. Da es sich hierbei um sehr heterogene Theorien handelt, werden diese hier aufgrund epistemologischer Ähnlichkeiten als *postpositivistische IPÖ-Theorien* zusammengefasst (vgl. Wullweber 2014).⁸ Konsequenter als im Institutionalismus werden gesellschaftliche Akteure in raumzeitlich spezifischen sozialen Strukturen verortet. Zugleich besitzen diese Strukturen keine ihnen inhärente Logik wie bei strukturorientierten Theorien. Die sozialen Strukturen und gesellschaftlichen Akteure bedingen sich gegenseitig und stehen in einem permanenten sich gegenseitig bedingenden Verhältnis.

Im Hinblick auf ihre ontologische Dimension ist weniger die Festlegung auf eine Akteurs- oder eine Strukturorientierung entscheidend, als vielmehr der jeweilige Grad an gesellschaftlicher Stabilität und Destabilität und deren Verhältnis zueinan-

8 Das Präfix *post* verweist sowohl auf gewichtige theoretische Brüche als auch auf partielle Kontinuitäten mit dem Positivismus (es ist daher kein Antipositivismus, vgl. Wullweber in diesem Band für eine ähnlich gelagerte Diskussion des Begriffs Poststrukturalismus).

der. Insofern gehen postpositivistische Ansätze häufig von der sozialen Konstruktion gesellschaftlicher Realität aus, die grundsätzlich unabgeschlossen und umstritten ist. Am konsequentesten haben sicherlich die poststrukturalistischen Theorien verschiedener Couleur und der Kritische Realismus die Unabgeschlossenheit des Verhältnisses zwischen Akteur und Struktur betont. Hierzu zählen auch viele Ansätze innerhalb der feministischen IPÖ (siehe Caglar in diesem Band). Neogramscianische Theorien wie auch bestimmte Strömungen des historischen Materialismus gehören ebenfalls in diese Kategorie. Postpositivistische Theorien der IPÖ haben in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen und die Rezeption im deutschsprachigen Raum nimmt stetig zu.

In postpositivistischen Theorien werden Gesellschaft und Ökonomie als komplexes Ensemble sozialer Verhältnisse konzeptualisiert.⁹ Obwohl die Reduktion von gesellschaftlicher Komplexität notwendig ist, um überhaupt allgemeine theoretische Aussagen treffen zu können, wird eine starke Komplexitätsreduktion von postpositivistischen Theorien kritisch gesehen. Die gesellschaftliche Rolle wissenschaftlichen Arbeitens und der Einfluss von Wissenschaft auf Gesellschaft werden von postpositivistischen Theorien hervorgehoben, weil argumentiert wird, dass wissenschaftliches Arbeiten ebenso gesellschaftlich eingebettet ist wie die Forschenden selbst. Aus diesem epistemologischen Verständnis heraus folgt, dass keine allgemein gültigen, also zeitlich und politisch dekontextualisierten, wissenschaftlichen Ergebnisse produziert werden können. Vielmehr sind wissenschaftliche Ergebnisse und Erkenntnisse stets *gesellschaftliche* Erkenntnisse und Wahrheiten sowie selbst Gegenstand hierarchisch geordneter Machtverhältnisse. Und da die Gesellschaft Veränderungen unterworfen ist, sind auch Erkenntnis und Wahrheit Veränderungen unterworfen. Das wiederum bedeutet, dass Wahrheit und (Fragen der) Macht zusammengehören. Entsprechend nehmen postpositivistische Theorien eher eine reflexive Perspektive auf den Akt der Wissensproduktion selbst ein und gesellschaftliche Veränderung wird als konstitutiv für Erkenntnis betrachtet (vgl. Graf/Fuchs in diesem Band).

Trotz dieser Gemeinsamkeiten, die es ermöglichen, verschiedene Theoriestränge miteinander zu kombinieren, hat jede dieser Theorien ihre jeweiligen Konzepte und analytischen Schwerpunkte. Zentral für neogramscianische Theorien ist das Konzept der Hegemonie. (Internationale) Hegemonie beschreibt ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem es bestimmten sozialen Gruppen gelungen ist, ihre Partikularinteressen gesellschaftlich zu universalisieren (vgl. Bieling in diesem Band). Der Nationalstaat, der im (neo)merkantilistischen Realismus als einheitlicher Akteur und damit als Blackbox behandelt wird, wird theoretisch geöffnet und vor allem auf Prozesse innerhalb der Zivilgesellschaft fokussiert. Das Konzept der Zivilgesellschaft ist

9 Dieser Punkt gilt aber auch z. B. für die Regulationstheorie (vgl. Sablowski in diesem Band).

hier eine zum Staat querliegende Kategorie und es sind häufig transnationale Prozesse, denen besondere Beachtung geschenkt wird. Die Interessen und Präferenzen der Akteure sind hier nicht fixiert, sondern stets die von anderen sozialen Umständen abhängige Variable. Gerade das Ringen um die Ideen, Interessen und Präferenzen der Menschen – um den *Alltagsverstand*, wie Gramsci es nennt – ist für neogramscianische Analysen von großer Bedeutung.

Für feministische Theorien ist das Konzept Gender als Struktur-, Prozess- und empirische Kategorie zentral (vgl. Caglar in diesem Band). Es besagt, dass kein Individuum per se eine Frau oder ein Mann ist, sondern dass das Subjekt erst innerhalb eines gesellschaftlichen Sozialisations- und Zuschreibungsprozesses eine bestimmte Geschlechtsidentität annimmt (vgl. auch Habermann in diesem Band). Die Analysekategorie Geschlecht ermöglicht es, „geschlechtsspezifische Normierungs-, Segregations- und Hierarchisierungsprozesse in der globalen politischen Ökonomie herauszuarbeiten und somit die Herstellung von geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnissen zu analysieren“ (Caglar S. 200 in diesem Band). Der analytische Fokus liegt daher auf den jeweiligen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen. Feministischen Theorien zufolge sind die meisten heutigen Gesellschaften patriarchal strukturiert. Das bedeutet, dass Männer hinsichtlich ihrer Chancen und gesellschaftlichen Position einen Vorteil gegenüber Frauen haben – sie erhalten gewissermaßen eine „patriarchale Dividende“ (Connell 1999: 100). Feministische Theorien können selbst wiederum aufgeteilt werden, je nachdem ob sie sich auf z. B. eine konstruktivistische, marxistische oder poststrukturalistische Ontologie beziehen.

Historisch-materialistische Theorien sehen das Verhältnis von Struktur und Akteur als dialektisch. Das bekannte Zitat von Marx aus dem *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* verweist auf ein solches Verhältnis:

Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden (Marx 1969 [1852]: 115).

In der marxistischen Tradition finden sich sowohl Arbeiten, die stärker auf die (kapitalistische) Struktur fokussieren (z. B. der strukturelle Marxismus) als auch neo-marxistische und neopoulantzianische Arbeiten (vgl. Brand in diesem Band). Letztere beziehen auch die (Klassen-)Akteure stärker in die Analyse mit ein und schaffen so Raum für die eigenständige Bedeutung gesellschaftlicher Rationalitäten. Im Kritischen Realismus, der zum Teil stark von der Kritischen Theorie geprägt ist, setzt man sich sehr explizit mit verschiedenen ontologischen Fragen wie dem Akteur-Struktur-Verhältnis auseinander. Eigene theoretische Kategorien wie Kausalität/

kausale Kraft, Emergenz, Tendenz und analytischer Dualismus (vgl. Pühretmayer in diesem Band) zeugen von diesen Arbeiten.

Poststrukturalistische und konstruktivistische Theorien fokussieren häufig auf die Frage, wie vermeintliche Wahrheiten konstruiert und gesellschaftlich durchgesetzt werden. Zentral ist hier das Konzept des Diskurses. Es benennt eine verfestigte und über gesellschaftliche Handlungen und Verhältnisse stabilisierte Wahrheitskonstruktion. Das Diskurskonzept fungiert in poststrukturalistischen Theorien als Strukturkategorie und ist nicht auf einen bestimmten Bereich der Gesellschaft beschränkt (vgl. Wullweber in diesem Band). Auch wenn bestimmte Wahrheiten relativ stabil sein können und einen quasi-objektiven Status einnehmen, ist doch prinzipiell jede Wahrheit und jedes gesellschaftliche Verhältnis veränderbar. Das spezifische Verhältnis von Wahrheitskonstruktion und gesellschaftlichen Machtverhältnissen wird in diesen Theorien am explizitesten theoretisiert, analysiert und *dekonstruiert* (vgl. Graf/Fuchs in diesem Band).

9. Ausblick

Globalisierungsprozesse haben die Ordnungsmuster von Politik und Ökonomie zum Teil grundlegend verändert und eine Verschiebung von Kräfteverhältnissen zur Folge gehabt (vgl. Dicken 2011). Auch jüngste Ereignisse wie etwa die Finanzkrise beeinflussen die Disziplin der IPÖ und werden in theoretischer Hinsicht wieder aufgenommen. So kann die recht junge Disziplin der IPÖ, wenn nicht als historische, so doch als historisch sensible Disziplin angesehen werden. Die Theorien in diesem Band spiegeln diese komplexen und vielschichtigen gesellschaftlichen und historischen Entwicklungen wider: Nicht nur besteht ein breites Spektrum an Theorieangeboten, deren ontologische Grundlagen und damit auch deren epistemologische und methodologische Herangehensweisen sich zum Teil erheblich unterscheiden. Auch kann innerhalb jeder der hier diskutierten Theorien und teilweise auch zwischen den Theorien eine lebhafte Entwicklung und theoretische Auseinandersetzung verzeichnet werden.

Die starke Ausdifferenzierung der Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie weist daraufhin, dass sich die Disziplin immer stärker etabliert. Obwohl die Theorien das Spektrum der IPÖ nicht vollständig abbilden können, gibt der Band einen Überblick über das breite theoretische Repertoire der IPÖ und zeigt, dass jede Theorie ihre jeweilige Stärke und Perspektivität besitzt. Zugleich werden Differenzen und Anschlusspunkte zwischen den Theorien sichtbar gemacht. Insgesamt soll dieser Band dazu beitragen, die IPÖ als eigenständige Disziplin stärker im deutschsprachigen Raum zu etablieren und zu verankern. Denn trotz der großen Unterschiede zwischen den einzelnen Theorien wird deutlich, dass sie alle eine Gemeinsamkeit teilen:

Sie bieten spezifische theoretische und damit auch analytische Perspektiven an, die weder von den IB noch von den Wirtschaftswissenschaften in dieser Form abgedeckt werden. Da die Disziplin *per definitionem* interdisziplinär ist, bedeutet das zugleich, offen für politisch und wissenschaftlich relevante Debatten aus anderen Disziplinen zu sein, wie aus der Ökonomik, der Soziologie, der Geographie, der Philosophie, Anthropologie, Psychologie und natürlich den IB und den Wirtschaftswissenschaften.

Ziel des Bandes ist es schließlich, Begeisterung zu wecken für ein Forschungsfeld, das nicht nur stetig an Bedeutung gewinnt, sondern auch theoretisch überaus spannend und herausfordernd ist. Eine Forschungsdisziplin, die sich der Analyse hochinteressanter und politisch wichtiger empirischer Felder annimmt, welche sich im Spannungsfeld zwischen Politik, Ökonomie und Gesellschaft auf lokaler, nationaler, regionaler, internationaler und transnationaler Ebene befinden; eine Disziplin also, die sich den wissenschaftlichen und politisch-ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit stellt.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Autorinnen und Autoren, die an diesem Band mit ihrem Beitrag und ihren konstruktiven Anmerkungen zur Gesamtkonzeption mitgewirkt haben. Aufgrund der guten Zusammenarbeit, stellte das gegenseitige Begutachtungs- und Feedbackverfahren gewissermaßen einen *intradisziplinären* Diskussionsprozess dar, der nicht zuletzt durch den AutorInnen-Workshop im Juni 2012 in Kassel bestärkt wurde. Auch im Namen der AutorInnen gilt unser Dank zudem den beiden anonymen GutachterInnen. Für die konzeptionelle und organisatorische Begleitung danken wir den HerausgeberInnen der Reihe *Globale Politische Ökonomie* – insbesondere Andreas Nölke. Für die finanzielle Unterstützung des Bandes möchten wir uns bei der DVPW und dem Lehrstuhl für Internationale Politik in Wien sowie den an der Herausgabe beteiligten Lehrstühlen in Wuppertal, in Münster und insbesondere in Kassel bedanken. Besten Dank zudem an Verena Metzger vom VS Verlag, an Uta Marini für das Lektorat, Till-Jorrit Gerwers für die Literaturkorrektur sowie an Lukas Neißl und Aylin Kaya für die Übersetzung. Für Hinweise zu früheren Versionen der Einleitung danken wir Ulrich Brand, Marian Feist, Ulrich Hamenstädt und Richard Meyer-Eppler. Etwaige Fehler haben selbstverständlich ausschließlich wir zu verantworten.

Joscha Wullweber (Kassel), Antonia Graf (Münster) und Maria Behrens (Wuppertal) im Mai 2013

Literatur

- Abdelal, Rawi* 2009: Constructivism as an Approach to International Political Economy, in: Blyth, Mark (Hrsg.): Routledge Handbook of International Political Economy (IPE), New York, NY: Routledge, 62–76.
- Aggarwal, Vinod K.* 1985: Liberal Protectionism, Berkeley, CA: University of California Press.
- Aglietta, Michel* 1979: A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience, London: New Left Books.
- Alford, Robert R./Friedland, Roger* 1985: Powers of Theory: Capitalism, the State, and Democracy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Altvater, Elmar* 1991: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des ‚real existierenden Sozialismus‘, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Brigitte* 1999: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 4. Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bakker, Isabella/Gill, Stephen* 2003: Power, Production, and Social Reproduction: Human in/Security in the Global Political Economy, New York, NY: Palgrave Macmillan.
- Behrens, Maria (Hrsg.)* 2005: Globalisierung als Politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität, Wiesbaden: VS Verlag.
- Behrens, Maria/Hummel, Hartwig/Scherer, Christoph* 2005: Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, Studienbrief Fernuniversität Hagen.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2011: Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Blyth, Mark (Hrsg.)* 2009: Routledge Handbook of International Political Economy (IPE): IPE as a Global Conversation, London: Routledge.
- Boyer, Robert* 1990: The Regulation School: A Critical Introduction, New York; NY: Colombia University Press, NY.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg.)* 2003: Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Broome, Andre* 2013: Constructivism in International Political Economy, in: Ronen Palan (Hrsg.): Global Political Economy, London: Routledge, 193–203.
- Caporaso, James A./Levine, David P.* 1992: Theories of Political Economy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Chang, Ha-Joon* 2003: Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective, London: Anthem.
- Cohen, Benjamin J.* 2007: The Transatlantic Divide: Why Are American and British IPE so Different?, in: Review of International Political Economy 14: 2, 197–219.
- Cohen, Benjamin J.* 2008a: International Political Economy: An Intellectual History, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Cohen, Benjamin J.* 2008b: The Transatlantic Divide: A Rejoinder, in: Review of International Political Economy 15: 1, 30–34.
- Connell, Robert W.* 1999: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Wiesbaden: VS Verlag.
- Cox, Robert W.* 1987: Production, Power, and World Order: Social Forces in the Making of History, New York, NY: Columbia University Press.
- Crane, George T./Amawi, Abba (Hrsg.)* 1997a: The Theoretical Evolution of International Political Economy: A Reader, 2. Auflage, Oxford: Oxford University Press.
- Crane, George T./Amawi, Abba* 1997b: Theories of International Political Economy, in: Crane, George T./Amawi, Abba (Hrsg.): The Theoretical Evolution of International Political Economy, Oxford: Oxford University Press, 3–34.
- de Goede, Marieke (Hrsg.)* 2006: International Political Economy and Poststructural Politics, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Dicken, Peter* 2011: Global Shift: Mapping the Changing Contours of the World Economy, 6. Auflage, Los Angeles, CA: SAGE.

- Dür, Andreas* 2012: Rational Choice: Ein kritisches Plädoyer für Theorien der rationalen Entscheidung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 41: 1, 73–83.
- Frieden, Jeffrey A./Lake, David A./Schultz, Kenneth A.* 2009: *World Politics: Interests, Interactions, and Institutions*, New York: W. W. Norton.
- Frieden, Jeffrey A./Lake, David A./Broz, J. Lawrence (Hrsg.)* 2010: *International Political Economy: Perspectives on Global Power and Wealth*, 5. Auflage, New York, NY: W. W. Norton & Co.
- Gill, Stephen/ Law, David* 1988: *The Global Political Economy: Perspectives, Problems, and Policies*, New York: Harvester, Wheatsheaf.
- Gilpin, Robert* 1987: *The Political Economy of International Relations*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Gilpin, Robert* 2001: *Global Political Economy: Understanding the International Economic Order*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Haftendorn, Helgal/Hoyng, Hans/Krause, Joachim (Hrsg.)* 1975: *Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Hartmann, Eval/Kunze, Caren/Brand, Ulrich (Hrsg.)* 2009: *Globalisierung, Macht und Ökonomie. Perspektiven einer kritischen Internationalen Politischen Ökonomie*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hay, Colin* 2002: *Political Analysis: A Critical Introduction*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hayek, Friedrich A.von* 2004 [1944]: *Der Weg zur Knechtschaft*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Heinrich, Michael* 2004: *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart: Schmetterling.
- Helleiner, Eric* 2002: *Economic Nationalism as a Challenge to Economic Liberalism? Lessons from the 19th Century*, in: *International Studies Quarterly* 46: 3, 307–329.
- Holzinger, Katharina* 2009: *Vom ungeliebten Störenfried zum akzeptierten Paradigma? Zum Stand der (Neuen) Politischen Ökonomie in Deutschland*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 50: 3, 539–576.
- Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hrsg.)* 2012: *Ökonomie der internationalen Entwicklung*, Wien: Mandelbaum.
- James, Scott C./Lake, David A.* 1989: *The Second Face of Hegemony: Britain's Repeal of the Corn Laws and the American Walker Tariff of 1846*, in: *International Organization* 43: 1, 1–29.
- Keohane, Robert O.* 2009: *The Old IPE and the New*, in: *Review of International Political Economy* 16: 1, 34–46.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.* 1977: *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, Boston, MA: Little, Brown.
- Kessler, Oliver* 2012: *Sleeping with the Enemy? On Hayek, Constructivist Thought, and the Current Economic Crisis*, in: *Review of International Studies* 38: 2, 275–299.
- Keynes, John M.* 1973 [1936]: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London: Macmillan.
- Krugman, Paul* 2009: *Die neue Weltwirtschaftskrise*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Lipietz, Alain* 1987: *Mirages and Miracles: The Crisis of Global Fordism*, London: Verso.
- List, Friedrich* 2012 [1841]: *Das nationale System der politischen Oekonomie: Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein*, Bremen: Dogma.
- Marx, Karl* 1953 [1957/58]: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW Band 42, Berlin: Dietz.
- Marx, Karl* 1962 [1867]: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW Band 23, Berlin: Dietz.
- Marx, Karl* 1969 [1852]: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: MEW Band 8, Berlin: Dietz: 115–207.
- Meyers, Reinhard* 1989: *Wie viele Schwalben machen einen Sommer? (Re)Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie?*, in: *Neue Politische Literatur* 34: 1, 5–40.
- Michie, Jonathan/Oughton, Christine/Wilkinson, Christine* 2002: *Against the New Economic Imperialism*, in: *American Journal of Economics and Sociology* 6: 1, 351–365.
- Miller, Raymond C.* 2008: *International Political Economy: Contrasting World Views*, New York, NY: Routledge.
- von Mises, Ludwig* 1951: *Socialism: An Economic and Sociological Analysis*, New Haven, CT: Yale University Press.
- Mügge, Daniel* 2013: *The Political Economy of Europeanized Financial Regulation*, in: *Journal of European Public Policy* 20: 3, 1–13.
- O'Brien, Robert/Williams, Marc* 2010: *Global Political Economy: Evolution and Dynamics*, 3. Auflage, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Oatley, Thomas/Nabors, Robert* 1998: *Redistributive Cooperation: Market Failure, Wealth Transfer, and the Basel Accord*, in: *International Organization* 52: 1, 35–54.

- Opratto, Benjamin/Prausmüller, Oliver* 2011: Gramsci global. Neogramsianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg: Argument.
- Palan, Ronen (Hrsg.)* 2000: *Global Political Economy: Contemporary Theories*, London: Routledge.
- Palan, Ronen (Hrsg.)* 2013a: *Global Political Economy: Contemporary Theories*, 2. Auflage, London: Routledge.
- Palan, Ronen* 2013b: New Trends in Global Political Economy, in: Palan, Ronen (Hrsg.): *Global Political Economy*, London: Routledge, 1–14.
- Polanyi, Karl* 1957: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston, MA: Beacon Press.
- Ravenhill, John* 2008: *Global Political Economy*, 2. Auflage, Oxford: Oxford University Press.
- Ricardo, David* 1959 [1817]: *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Berlin: Akademie-Verlag.
- Richards, John E.* 1999: Toward a Positive Theory of International Institutions: Regulating International Aviation Markets, in: *International Organizations* 53: 1, 1–37.
- Rosenau, James N./Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.)* 1992: *Governance without Government: Order and Change in World Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Scherrer, Christoph (Hrsg.)* 2011: *China's Labor Question*, München: Rainer Hampp Verlag.
- Scherrer, Christoph/Frank, Volker/Greven, Thomas* 1998: *Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.)* 2010: *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schirm, Stefan A. (Hrsg.)* 2006: *Globalisierung. Forschungsstand und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos.
- Schirm, Stefan A.* 2013: *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*, 3. Auflage, Baden-Baden: Nomos.
- Smith, Adam* 1974 [1776]: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, München: Beck.
- Smith, Adam* 2007 [1790]: *The Theory of Moral Sentiments*, München: Grin Verlag.
- Strange, Susan* 1988: *States and Markets*, London/ New York: Pinter.
- Strange, Susan* 1994: Wake up, Krasner! The World Has Changed, in: *Review of International Political Economy* 1: 2, 209–219.
- Strange, Susan* 1995: *Political Economy and International Relations*, in: Ken Booth and Steve Smith (Hrsg.): *International Relations Theory Today*. Cambridge, UK: Polity Press, 154–174.
- Stubbs, Richard/Underhill, Geoffrey R. D. (Hrsg.)* 2006: *Political Economy and the Changing Global Order*, 3. Auflage, Oxford: University Press.
- van der Pijl, Kees* 2009: A Survey of Global Political Economy: Working Notes, in: <http://www.sussex.ac.uk/ir/research/gpe/gpesurvey/>; 04.01.2013.
- Veblen, Thorstein* 1994 [1899]: *The Theory of the Leisure Class*, Oxford: Oxford University Press.
- Veblen, Thorstein* 1998 [1898]: Why Is Economics Not an Evolutionary Science?, in: *Cambridge Journal of Economics* 22: 4, 403–414.
- Wallerstein, Immanuel* 1974: *The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, New York, NY: Academic Press.
- Watson, Matthew* 2005: Theoretical Traditions in Global Political Economy, in: Ravenhill, John (Hrsg.): *Global Political Economy*, Oxford: Oxford University Press, 27–65.
- Weingast, Barry R./Wittman, Donald A. (Hrsg.)* 2008: *The Oxford Handbook of Political Economy*, Oxford: University Press.
- Wullweber, Joscha* 2014: Post-Positivist Political Theory, in: Gibbons, Michael T. (Hrsg.): *The Encyclopedia of Political Thought*, Chichester: Wiley-Blackwell, i. E.
- Young, Brigitte/Bakker, Isabella/Elson, Diane (Hrsg.)* 2011: *Questioning Financial Governance from a Gender Perspective*, New York: Routledge.
- Young, Brigitte/Scherrer, Christoph (Hrsg.)* 2010: *Gender Knowledge and Knowledge Networks in International Political Economy*, Baden-Baden: Nomos.